



Dienstag, 18. August 2026, 16:00 Uhr
~6 Minuten Lesezeit

Blut für den Profit

Der systemimmanente Zwang zum Wachstum der Geldmenge mündet immer wieder in furchtbare Kriege. Exklusivauszug aus „Unbegrenzt und Expansiv!!!“.

von Rob Kenius

Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (Pixel-Shot, Shark9208888)

Die Geldmenge kann unbegrenzt wachsen, weil Geld eine Zahl ist, die man immer weiterzählen kann. Das Finanzsystem ist expansiv, weil für die geforderten Zinsen neues Geld erschaffen werden muss. Es

entstehen dabei automatisch weitere Zinsen, weil das Geld durch Kreditvergabe mit Zinsen generiert wird. Durch diesen Mechanismus muss die Geldmenge wachsen, und das System steht unter dem Zwang, sich immer weiter auszudehnen. Eine Kontrolle könnte und müsste von der Politik demokratischer Staaten ausgehen. Das geschieht aber nicht. Das leicht feststellbare Ergebnis dieser Zusammenhänge ist eine Geldmenge, die bereits etwa vier- bis fünfmal so groß ist wie das Geldvolumen der realen Wirtschaft. Das bedeutet, dass die Finanzwirtschaft etwa das drei- bis vierfache Volumen der realen Wirtschaft annimmt, wenn man das Geld nicht bunkert, sondern gewinnbringend einsetzt. Exklusivauszug aus „Unbegrenzt und Expansiv!!! Finanzmacht treibt uns in den Krieg“.

Das große Geld wird, wegen der ständigen Umverteilung nach oben, von einer sehr kleinen, jedoch unübersichtlichen und kaum erfassbaren Zahl von Akteuren bewegt und disponiert, oft nach spontanen Impulsen, aber auch nach taktischen Überlegungen. Dieses Finanzsystem ist deshalb unberechenbar, und es ist nicht stabil. Das ist eine Tatsache, die vielen Insidern bewusst ist. Es wird deshalb nach Lösungen gesucht, das überschüssige Geld nicht immer wieder nur in Finanzgeschäfte, sondern in reale Bereiche zu investieren und damit auf irgendeine Weise die vorhandene Geldmenge zu reduzieren. Die Möglichkeiten dazu sind begrenzt. Niemand will Geld wegwerfen, wenigstens nicht absichtlich.

Investition in Konsumgüter und Sozialstaat?

Der erste gängige Weg für die Geldanlage ist die Produktion oder der Kauf von Waren für den Konsum. Mehr Angebot, mehr Reklame, mehr Verbrauch. Damit lässt sich das Volumen um einige Prozente steigern, aber nicht verdoppeln und schon gar nicht vervierfachen, denn die Masse der Bevölkerung hat bei Weitem nicht das Geld zur Verfügung, den Warenkonsum entsprechend zu steigern, auch nicht in den reichen Ländern. Die Geldanlage im Konsumbereich wird durch mangelnde Kaufkraft der Massen begrenzt.

Menschenfreunde werden auf die Idee kommen, die Bevölkerung am Geldüberfluss teilhaben zu lassen: höhere Löhne, höhere Renten, mehr soziale Leistungen und endlich die Beseitigung aller prekären Beschäftigungen, und das sind nicht wenige. Doch das ist nicht im Interesse der Finanzmacht.

Wenn dem so wäre, hätte man es längst praktiziert. Es ist ja einfach, mehr Geld zu verteilen, wenn man genug davon hat. Doch die extreme, immer noch zunehmende Polarisierung zeigt uns, dass eine Beteiligung der breiten Bevölkerung am Geldüberfluss keinesfalls erwünscht ist.

Das hat einen für die Finanzwelt plausiblen Grund. Sie kann durch breitere Verteilung der Gelder nur an Macht verlieren, denn durch mehr Geld, in den Händen der Massen, entsteht mehr Freiheit, das zu tun, was man gerne tun möchte: weniger hart arbeiten, das Leben genießen, keine Zweitjobs mehr annehmen, unangenehme Tätigkeiten nur gegen besondere Bezahlung ausüben, also das genaue Gegenteil von dem, was Friedrich Merz jetzt verlangt. Die Menschen könnten sich dann dem Druck der Finanzmacht entziehen.

Um den Geldüberschuss gewinnbringend abzubauen, sind Investitionen in Konsumgüter und erst recht reine Geldverteilung im sozialen Bereich aus Sicht der Finanzmacht kaum verlockend. Es wäre für die großen Geldanleger ideal, in Güter zu investieren, die nicht auf dem Konsummarkt landen und die nicht von der breiten Bevölkerung bezahlt werden. Diese Investitionsobjekte müssten am besten auch sehr teuer sein und leicht verkäuflich – an sichere Kunden. Was bietet sich da an?

Vorteile der Rüstung für das Finanzgeschäft

Mit ein wenig Kaltschnäuzigkeit und ohne viel Skrupel kommt man schnell auf die Idee, dass militärische Rüstungsgüter aller Art und deren Produktion das ideale Anlageobjekt für sehr große Geldsummen sind. Da gibt es gleich zahlreiche Punkte, die für skrupellose Finanzakteure attraktiv sind:

- 1 Rüstungsgüter werden von Regierungen gekauft und von ganzen Volkswirtschaften bezahlt.
- 2 Wenn dazu Staatskredite aufgenommen werden, ist das ein zusätzliches Geschäft für die Finanzwelt, nämlich bei der Finanzierung, und die ist verbunden mit Zinseinnahmen.
- 3 Die Qualitätskontrolle ist gering. Die Entscheider in den Regierungen sind keine technischen Experten, und der Wert von Waffen zeigt sich erst im Ernstfall, bei Kriegseinsatz.
- 4 Im Kriegsfall werden Raketen, Panzer, Feuerwaffen und Munition schnell verbraucht und müssen ständig nachgeliefert werden. Raketen und Drohnen werden nur einmal benutzt.
- 5 Es gibt in der Rüstungsindustrie am laufenden Band technische Neuerungen, die zu Preissteigerungen führen.
- 6 Nicht zuletzt sind die Preise ausgesprochen hoch, und das Volumen der Aufträge ist enorm, weil die Regierenden mit Staatsschulden bezahlen.

- 7 Es gibt kaum internationalen Konkurrenzdruck, denn Lieferungen aus Russland oder China sind für die NATO und ihre Verbündeten ausgeschlossen.
- 8 Die US-amerikanische Industrie braucht dringend Aufträge; sie hat schon lange außer Rüstungsgütern und Digitaltechnik nicht mehr viel zu bieten.

Aus all diesen Gründen ist für die US-Finanzmacht militärische Hochrüstung ein lukratives Ziel. Die NATO ist ein Hebel dafür, durch die Forderung, die auch Donald Trump gestellt hat, dass verbündete Länder 5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für die Rüstung ausgeben. In die gleiche Richtung wirkt jede NATO-Erweiterung, egal wohin.

Jeder NATO-Beitritt eines Landes bringt einen Schub an Rüstungsaufträgen, von denen die Hälfte oder mehr an die Rüstungsfirmen in den USA geht.

Dort existiert seit Jahrzehnten der militärisch-industrielle Komplex, als selbstständige Kraft, vor dessen Dominanz schon US-Präsident und Ex-General Eisenhower gewarnt haben. Der Begriff militärisch-industrieller Komplex ist aber schon lange veraltet. Es müsste jetzt militärisch-industrieller Finanzkomplex heißen, denn die Finanzmacht spielt dabei längst schon eine tragende Rolle. Sie ist auch in beiden großen Parteien der USA fest verankert und beeinflusst die finanziellen Entscheidungen in Rüstungsfragen schon deutlich mehr als das Militär und die Industrie.

Der militärisch-industrielle Finanzkomplex

Das größte Geschäft wird schließlich an der Börse gemacht. So wie der Börsenwert der Spitzenreiter auf dem Aktienmarkt den realen Wert dieser Firmen weit übersteigt, so übersteigen die

Börsengewinne der Finanzinvestoren auch die Gewinne der Rüstungsfirmen.

Das war leicht an den Kursen des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall zu erkennen. Gleich nach Kriegsbeginn in der Ukraine und der Reaktion der deutschen Regierung stiegen die Aktienkurse von Rheinmetall auf ein Vielfaches. Solche Gewinne wie auf dem Finanzsektor kann eine real produzierende Rüstungsfirma auch im Kriegsfall nicht erzielen.

Da sind die Investitionen todsicher und die Kurssteigerungen leicht vorherzusehen, wenn man über Insider-Informationen verfügt, die aus hohen politischen Kreisen kommen, wann, wo, was eingekauft werden soll.

Der militärisch-industrielle Finanzkomplex ist die Hexenküche, in der die Schubkraft entwickelt wird, die sich bis in echte Kriegseinsätze fortsetzt. Die ständigen Kriege der USA, auf kleinen und mittleren Schauplätzen, wo man nicht mit den ganz großen Gegnern rechnen muss, sind das Ergebnis dieser Interessenlage.

Viele Jahre lang hat das Federal Reserve System das Defizit im Staatshaushalt der USA genehmigt und ausgeglichen, und zwar ziemlich genau in der Höhe des Militäretats. Der lag im Jahre 2025 bei knapp einer Billion US-Dollar. Dann haben Israel und USA den Krieg mit dem Iran begonnen. Donald Trump hat mit seinen fantastischen Begründungen für den Angriff gezeigt, dass die Entscheidung für den Krieg nicht von Verhandlungen mit der iranischen Regierung abhing: Einmal ging es darum, den Demonstrierenden im Iran zu helfen, dann wieder darum, die Anreicherung von Uran zu verhindern, ein Thema, das 2026 längst abgeschlossen war, und schließlich wurde sogar eine Bedrohung der USA durch den Iran behauptet.

Es war also eine Entscheidung im Hintergrund, deren Wege nicht offen liegen. Sicher ist jedoch, dass der Krieg nicht mit dem laufenden Militäretat der USA finanziert werden kann. Es muss also eine darüber hinausgehende finanzielle Absicherung vonseiten der Finanzmacht geben, ohne deren Zusage Donald Trump den Krieg wohl nicht begonnen hätte. Darauf deuteten auch die großspurigen Ankündigungen hin, der Krieg würde nur sehr kurz dauern.

Der Enthauptungsschlag war längst geplant und sollte die Idee vom Blitzkrieg realisieren. Das ist aber fehlgeschlagen. Auch für die Finanzmacht der USA bedeutet dies einen Kontrollverlust.

<https://kritlit.de/kob/unbexpa.htm>

Hier können Sie das Buch bestellen: „Kritlit“
<https://kritlit.de/kob/unbexpa.htm>“



Rob Kenius ist Systemkritiker, freier Publizist und Buchautor. Er betreibt die Webseite **kritlit.de** (<https://kritlit.de>) und schreibt oder schrieb für oppositionelle Medien: **Telepolis, Rubikon, apolut, Krass&Konkret, Ossietzky** und jetzt **Manova**. Von ihm erschienen die politischen Sachbücher „Hunderttausend Milliarden zu viel — Finanzfeudalismus aus rationaler Sicht“, „Geld stinkt zum Himmel — Weniger Zunder mehr Zukunft“, „Leben im Geldüberfluss“, „Überleben im

Überfluss“ und „Neustart mit Direkter Digitaler Demokratie“.